

Hochbaum erläuterte im einzelnen an Hand der in Jena gesammelten Erfahrungen wichtige notwendige Formen der staatlichen Leitungstätigkeit. Diese sind auf die unmittelbare Entwicklung der Schöpferkraft der Werktätigen, die volle Ausschöpfung ihres Ideenreichtums, die Lenkung und Leitung des Staates und der Wirtschaft durch sie gerichtet und zugleich selbst Ausdruck der Bewußtheit und Aktivität der Massen.

In der Diskussion beschäftigte sich Staatsanwalt Studzinski (Bezirk Magdeburg) mit der Verantwortung der örtlichen Organe für die zentralgeleiteten Betriebe. — Dr. Schützenmeister sprach zu Fragen der marxistisch-leninistischen Konzeption des Staatsrechts. Er hob die Aufgabe hervor, das Wesen des sozialistischen Staates herauszuarbeiten und nicht bei einer Beschreibung der Entwicklung der staatsorganisatorischen Formen stehenzubleiben.

Der zweite Konferenztag wurde eingeleitet mit dem Referat des Absolventen Matysik, Sekretär des Rates des Kreises Lobenstein, zum Thema: „Wie organisierten die staatlichen Organe des Kreises Lobenstein ihre bisherigen Erfolge in der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft?“ Matysik berichtete über Erfahrungen, die bei Brigadeeinsätzen im Grenzkreis Lobenstein gesammelt wurden. Das Referat war für Praktiker und Wissenschaftler gleichermaßen wertvoll. Es demonstrierte sehr anschaulich, wie eine wissenschaftlich begründete staatliche Leitungstätigkeit aussehen muß, um den von Partei und Regierung gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Es war zugleich ein Beispiel dafür, wie an unseren wissenschaftlichen Ausbildungsstätten theoretische Fragen auf Grund exakter Kenntnisse der Gesetzmäßigkeiten und der Praxis des sozialistischen Aufbaus dargelegt werden müssen. Das Referat machte deutlich, wie sehr die weitere Entwicklung der Staats- und Rechtswissenschaft und ihr Nutzen für die Praxis des sozialistischen Aufbaus durch die sozialistische Gemeinschaftsarbeit mit den Vertretern der Staatspraxis gefördert werden kann.

Über das Thema „Die ständige Vervollkommnung der innergenossenschaftlichen Demokratie — ein wichtiges Mittel zur Festigung und Entwicklung der LPG“ referierte anschließend Dozent Lusche. Er kennzeichnete die innergenossenschaftliche Demokratie als eine Erscheinungsform der sozialistischen Demokratie und zugleich als ein sozialistisches Leitungsprinzip, das auf die allseitige Entfaltung der Aktivität und Verantwortlichkeit aller Genossenschaftsmitglieder gerichtet ist. Auf Grund der in einer ständigen Patenschaftsarbeit und in einem kürzlich durchgeführten Brigadeinsatz im Patendorf der Fakultät gesammelten Erfahrungen zeigte Lusche den Mechanismus der innergenossenschaftlichen Demokratie. Er erläuterte auch ihre Bedeutung für die Entwicklung und Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande sowie für die Entwicklung des neuen, sozialistischen Bewußtseins der Genossenschaftsbauern.

Die Diskussion zu beiden Referaten brachte einige wesentliche Ergänzungen. So sprach z. B. der Leiter der Justizverwaltung des Bezirks Suhl, Voss, über Probleme, die sich bei der Einbeziehung der Waldgenossenschaften im Thüringer Wald in die sozialistische Umgestaltung der Land- und Forstwirtschaft ergeben. Staatsanwalt Rommeis (Kreis Weimar-Land) berichtete darüber, wie die politische Massenarbeit der Justizorgane die sozialistische Entwicklung auf dem Lande unterstützen kann. Staatsanwalt Seydewitz (Oberste Staatsanwaltschaft) beschäftigte sich in seinem Diskussionsbeitrag mit Fragen der weiteren Qualifizierung der Justizkader.

Das Treffen sah neben Möglichkeiten des individuellen Erfahrungsaustausches Aussprachen in den einzelnen Instituten der Fakultät vor. In mehrstündigen, äußerst lebhaft geführten Diskussionen wurden vor allem folgende Probleme behandelt: Der gegenwärtige Stand der Staats- und Rechtswissenschaft, insbesondere die neuen Konzeptionen der einzelnen Rechtszweige; der Kampf gegen Formalismus und Positivismus in Theorie und Praxis; die Ausbildung der Studenten entsprechend den Erfordernissen der sozialistischen

Praxis; die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Fakultät und Absolventen.

Aus dem Verlauf des Absolvententreffens und den wertvollen Diskussionen in den Instituten sind einige Schlußfolgerungen zu ziehen.

1. Absolvententreffen sollten zu einer ständigen Einrichtung werden, die jährlich stattfinden. Daneben sollten im Rahmen erweiterter Institutssitzungen Absolventen in die wissenschaftliche Arbeit der Fakultät einbezogen und Möglichkeiten für die Beteiligung an der Ausbildung der Studenten gesucht werden.

2. Zum Zwecke einer besseren inhaltlichen Vorbereitung solcher Treffen sollte ein Absolventenrat geschaffen werden, der gemeinsam mit der Fakultät die zu behandelnden Schwerpunkte berät und ihre rechtzeitige Bearbeitung veranlaßt.

3. Es ist zweckmäßig, der Diskussion einen breiten Raum zu geben und mehrere kleinere Arbeitsgruppen zu schaffen. Um die Beratung nutzbringender zu gestalten, sollten Thesen ausgearbeitet und als Arbeitsgrundlage frühzeitig verschickt werden.

In der Schlußansprache konnte der Dekan unserer Fakultät, Prof. Dr. Buchda, feststellen, daß sich die in seiner Begrüßungsrede ausgesprochenen Erwartungen im wesentlichen erfüllt haben, wenngleich einem ersten Versuch naturgemäß einige Mängel anhaften. Es bestätigten sich auch die Worte, die der Stellvertreter des Ministers der Justiz, Ranke, bereits am ersten Konferenztag sprach:

„Allein die Tatsache, daß sich die an der Hochschule wirkenden Lehrer und ihre gegenwärtigen Schüler mit den ehemaligen Schülern verbinden, daß sie mehr als nur ein freundschaftliches Zusammen sein anstreben, nämlich ein Fortwirken der alten Beziehungen des Lernens und Forschens in der Praxis und das Zurückwirken der Erfahrungen der Praxis in das Forschen und Lehren, macht diesen wichtigen Schritt bedeutsam. Aber mehr noch: Von solchen Absolvententreffen kann und wird eine organisierte und sich organisierende Verbindung zwischen der ehemaligen Schule und ihren früheren Schülern ..., zwischen Theorie und Praxis ausgehen. Hier kann sich auf großer und breiter Ebene die sozialistische Gemeinschaft entwickeln.“

Dr. GERHARD RIEGE und WALTER STREIT, Jena

Hinweis für unsere Leser im Bezirk Gera

Der VEB Deutscher Zentralverlag bemüht sich, den Kontakt mit den Lesern der von ihm herausgegebenen Bücher, Broschüren und Zeitschriften zu festigen.

Er führt deshalb am 16. Februar 1960, um 19.30 Uhr, im Haus der Nationalen Front, Jena, Ernst-Thälmann-Ring 7, eine

Leserkonferenz

durch.

Auf dieser Konferenz wird **Rudi Rost**, stellv. Leiter der Abteilung Staats- und Rechtsfragen beim ZK der SED, anwesend sein und mit uns gemeinsam über das Thema: „Die Vervollkommnung des demokratischen Zentralismus und seine Anwendung in der staatlichen Leitung zur Organisierung der sozialistischen Umwälzung“ diskutieren.

Alle interessierten Leser sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

Verlag und Redaktion